II- 975 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 569/J
1987 -06- 22

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr.HAIDER, Dkfm. BAUER
an den Herrn Bundesminister für Finanzen
betreffend verzögerte Rechtsmittelverfahren in der Finanzverwaltung

Das abgabenrechtliche Rechtsmittelverfahren soll den Rechtsschutz des Steuerzahlers gegenüber der staatlichen Finanzverwaltung gewährleisten. Die Finanzbehörden sind verpflichtet, ohne unnötigen Aufschub zu entscheiden. Spätestens nach sechs Monaten muß die Behörde aber ein Verfahren durch Bescheid abgeschlossen haben.

In der Praxis dauern solche Entscheidungen aber oft jahrelang. So sind derzeit etwa 12.ooo Berufungen unerledigt.

Darüber hinaus werden schon bei geringfügigen Pflichtverletzungen durch den Steuerzahler von der Behörde Säumniszuschläge und Zwangsstrafen verhängt, während die Behörde selber ihrer Entscheidungspflicht oft jahrelang nicht nachkommt.

Dies führt im Ergebnis zu einer Rechtsverweigerung für den Steuerpflichtigen und zu einer prozessualen Waffenungleichheit gegenüber der Finanzverwaltung.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen die

A n f r a g e

1. Wie hoch ist derzeit der Anteil jener Finanzverfahren, bei welchen die gesetzliche Entscheidungsfrist von der Behörde überschritten wird ?
2. Welche Maßnahmen werden Sie setzen, um eine generelle Verfahrensbeschleunigung zu gewährleisten ?
3. Sind Sie darüber hinaus auch bereit, Maßnahmen in die Wege zu leiten, um für den Steuerpflichtigen eine prozessuale Waffengleichheit gegenüber der Finanzverwaltung sicherzustellen ?